

„Ich habe sechs Rolls-Royce zu Hause – meine Kinder“

Wie Frankreich seinen Nachwuchs fördert / Trotz bedeutender Erfolge hat auch das Nachbarland Bevölkerungssorgen / Von Christian Schubert

PARIS, 5. Dezember. Samstag nachmittag bei Ikea in einem Pariser Vorort. Abgekämpft warten die Kunden in langen Schlangen an den Kassen. An einer Zahlstelle jedoch wird eine besondere Käufergruppe schneller bedient: Schwangere Frauen dürfen sich hier vor-drängeln, wie ein beleuchtetes Schild anzeigt. Ein pfiffiger Einfall aus Schweden? Falsch. Die Bevorzugung von Schwangeren ist französischer Alltag. In Supermärkten, ja selbst an Taxiständen ist diese Praxis verbreitet. Der Weltkonzern Ikea läßt Schwangere denn auch nur in Frankreich kürzer warten.

Wie eine Gesellschaft mit ihren Familien umgeht, wird im täglichen Leben ebenso sichtbar wie in abstrakten Statistiken. Frankreich schneidet in beiden Fällen gut ab. Industrie und Dienstleister stellen sich mit ihren Angeboten auf den Kindersegen ein. Ein schlauer Unternehmer wie der Sohn des prominenten Sozialisten Laurent Fabius etwa hat als Manager von Betriebskindergärten Karriere gemacht. Renault bietet inzwischen selbst in seinem Kleinwagen Clio einen dritten Kindersitz auf der Hinterbank an. Ferienangebote für Großfamilien dominieren die Urlaubskataloge, und die Tage vor dem Schulanfang im September gehören für die französischen Einzelhändler zur umsatzstärksten Jahreszeit.

Seit Jahrzehnten fördert Frankreich das Kinderkriegen mit einem breiten Instrumentarium – und erntet Erfolg. Dieser spiegelt sich in der höchsten Geburtenrate der Europäischen Union hinter Irland wider: 1,9 Kinder bekommt eine Französin im Durchschnitt, gegenüber 1,3 für deutsche Frauen. Die Zahl der kinderreichen Familien ist ebenfalls höher als bei den meisten Nachbarn. 37 Prozent aller Kinder wachsen in Familien mit drei oder mehr Kindern auf, fast doppelt so viele wie in Deutschland. 6,3 Prozent aller französischen Haushalte haben drei oder mehr Kinder. In Deutschland sind es nach Angaben des Statistischen Bundesamtes nur 2,7 Prozent.

Die Förderung beginnt mit dem Steuersystem und hört beim Kindergeld noch lange nicht auf. Bei der Einkommensteuer gibt es großzügige Abschläge für jedes zusätzliche Familienmitglied. Ein drittes Kind etwa senkt das zu versteuernde Einkommen gegenüber einer Zweikindfamilie um rund ein Viertel. Beamte mit kinderreichen Familien dürfen früher in Rente gehen. Der vollbezahlte Mutterschutz vervielfacht sich



Frankreichs Regierung sind die Kinder teuer, aber alle verschließen die Augen vor den finanziellen Folgen.

Foto: Rozé Andia

von dritten Kind an auf 26 Wochen. Nicht unerheblich auch die 1921 eingeführte „Carte famille nombreuse“, ein Ausweis für Familien ab drei Kindern, der erhebliche Preisreduzierungen bei Bahnfahrten garantiert, immer häufiger aber auch bei kommunalen Dienstleistungen und Kulturveranstaltungen akzeptiert wird.

Das einkommensneutrale Kindergeld gibt es noch nicht für das erste Kind, danach aber steigt es steil an. Für das zweite Kind erhalten die Eltern 115 Euro im Monat, für das dritte 262 Euro und für das vierte 410 Euro. Premierminister Dominique de Villepin kündigte im September zudem ein zusätzliches Kindergeld von 750 Euro im Monat für das dritte Kind an, das einem Elternteil ermöglichen soll, ein Jahr lang zu Hause zu bleiben. Länger nicht, denn nach dem Willen der Regie-

rung sollen die Frauen, die auch in Frankreich die Haupterziehungspersonen sind, wieder schnell auf den Arbeitsmarkt zurückkehren.

Den Zusammenhang zwischen Berufstätigkeit und Kinderwunsch bestreiten Familienexperten in Frankreich nicht mehr. „Länder mit hoher Frauenerwerbsquote haben ein höheres Bevölkerungswachstum. Dies bekräftigt die Annahme, daß Frauen finanzielle Sicherheit und Autonomie brauchen, bevor sie ein Kind wollen. Den Fuß in den Arbeitsmarkt zu bekommen ist die beste Garantie für beides“, sagt Professor Michel Godet, Bevölkerungsexperte am Pariser Conservatoire National des Arts et Métiers. Die französische Frauenerwerbsquote liegt bei 57 Prozent und ist dabei nicht mehr weit entfernt vom 60-Prozent-Ziel der Europäischen Union im Rahmen ihrer Lissabon-

Strategie. Die Franzosen profitieren dabei von Ganztagschulen und vielen Betreuungseinrichtungen, die Kleine schon vom frühen Alter an aufnehmen. Fast jedes dritte Kind im Alter unter drei Jahren ist in Frankreich im Kindergarten oder wird von einer Person außerhalb der Familie betreut. In Deutschland sind es nur 9 Prozent. Die staatlichen Gesamtausgaben für Kinder liegen dementsprechend weit auseinander, berichtet die OECD. 2001 waren es 2,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die Franzosen und 1,9 Prozent für die Deutschen.

Familienparadies Frankreich? Henri Joyeux winkt ab. „Der französische Staat hat begriffen, daß man Familien helfen muß. Aber es ist nicht genug. Jede zweite Französin hätte gern ein Kind mehr. Doch sie bekommt es nicht, weil die finanzielle Belastung zu hoch ist.“ Joyeux ist Präsi-

dent des Verbandes „Familles en France“, einer wichtigen Lobbygruppe. Als Vater von sechs Kindern und zwei zusätzlichen Adoptivkindern spricht der Mann, der selbst aus einer zehnköpfigen Familie kommt, auch aus eigener Erfahrung. Im Hauptberuf ist Joyeux Chirurg in Montpellier, verfügt daher über ein gutes Einkommen. Ein zweites Auto kann er sich dennoch nicht leisten. „Ich sage immer, ich habe sechs Rolls-Royce zu Hause – meine Kinder.“

Lebensglück ist für mich Familien-glück.“ Wenn Joyeux nicht gerade operiert, reist er durch das Land und spricht in Turnhallen und Gemeindefestivals über Ernährung, Sexualität und „ebene Familienfragen, die den Menschen nahelegen“. 100 000 Mitglieder habe sein Verband, das mache im Durchschnitt 400 000 heutige und künftige Wählerstimmen. „Wenn ich das Chirac erzähle, dann hört er hin.“ Doch offenbar noch nicht genug. „Mein Ziel ist, eine Million Stimmen für die Familien Frankreichs zu bekommen“, sagt Joyeux.

In der Tat tobt die familienpolitische Diskussion auch in Frankreich, denn die beachtliche Geburtenrate von 1,9 reicht nicht, um den Bevölkerungsstand zu halten. Dafür wäre über einen längeren Zeitraum mindestens eine Quote von 2,1 nötig, sagt Professor Godet. Die Zahl der mindestens Achtzigjährigen von derzeit 2,7 Millionen werde sich bis 2030 mehr als verdoppeln, warnt er. Das wäre kein Problem, solange genügend Menschen geboren würden. Godet plädiert deswegen dafür, die Solidaritätsabgabe Contribution Sociale Généralisée (CSG), eine zum Einkommen proportionale – also nicht progressive – Sozialabgabe, familienfreundlich zu gestalten. Die CSG bringt dem Staat heute schon ein Fünftel mehr Einnahmen als die Einkommensteuer. „Alleinerziehende Eltern und Familien mit noch als zwei Kindern belastet die CSG doppelt so stark wie die Einkommensteuer“, stellt Godet fest und fordert eine Entlastung.

Dem pflichtet erwartungsgemäß Familienlobbyist Joyeux bei. Ihm ist freilich auch die französische Staatsverschuldung von fast 19 000 Euro je Kopf bewußt. Daher hat er vorgeschlagen, daß die Franzosen für den Abbau der Staatsschulden einen Tag im Jahr mehr arbeiten. „Das wären 2 Milliarden Euro Bruttoinlandsprodukt zusätzlich.“ Im Land der 35-Stunden-Woche hat diese Idee derzeit freilich kaum Chancen auf Umsetzung – selbst wenn es um den geschätzten Nachwuchs geht.

Teleop wird zweiter deutscher Galileo-Partner

wmu. BRÜSSEL, 5. Dezember. Das deutsche Konsortium Teleop GmbH wird als gleichberechtigter Partner am Betreiberkonsortium für das EU-Satellitennavigationssystem Galileo teilnehmen. An der Gesellschaft sind die Telekom-Tochtergesellschaft T-Systems, das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR), EADS und die Förderbank Bayern beteiligt. Außerdem soll Deutschland ein Steuer- und Kontrollzentrum für das Navigationsprogramm erhalten. Das haben die EU-Verkehrsminister am Montag beschlossen. Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) zeigte sich zufrieden, daß Deutschland nun mit zwei der insgesamt acht Konsortien bei Galileo vertreten ist. Der zweite Partner ist EADS. Das deutsch-französische Konsortium ist nicht nur an Teleop beteiligt, sondern ist auch eigenständiger Galileo-Partner.

Die Minister beschlossen außerdem die Öffnung der nationalen Eisenbahnmärkte für den Passagierverkehr von 2010 an. Damit wird es auf den europäischen Eisenbahnstrecken künftig mehr Wettbewerb geben. Das in Brüssel verabschiedete sogenannte Dritte Eisenbahnpaket sieht eine Stärkung der Rechte für Eisenbahnpassagiere im grenzüberschreitenden Verkehr vor. Nach Tiefensees Angaben wird eine entsprechende EU-Verordnung im Laufe des kommenden Jahres in Kraft treten. Zugpassagiere im grenzüberschreitenden Verkehr haben dann im Falle von Zugverspätungen und Ausfällen Anspruch auf Entschädigung, wenn die Eisenbahngesellschaften dafür direkt verantwortlich sind. Bei mehr als einer Stunde Verspätung erhalten die Passagiere 25 Prozent des Fahrpreises erstattet, bei mehr als zwei Stunden 50 Prozent. In Deutschland erstattet die Deutsche Bahn AG Fahrpreise bisher nur auf Kulanzbasis. Die EU-Regelung der grenzüberschreitenden Verkehr ist dagegen verpflichtend. Der Europaabgeordnete Georg Jarzembowski (CDU) forderte, die verpflichtende Entschädigungsregelung müsse auch für den Binnenverkehr gelten. „Wenn es für einen verspäteten Zug von Hamburg nach Amsterdam eine Erstattung gibt, für den nach Köln aber nicht, versteht das kein Mensch“, sagte er. Zum Dritten Eisenbahnpaket gehören auch einheitliche Standards für einen EU-Lokomotivführerschein. Die Minister beschlossen außerdem die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene „schwarze Liste“ von Fluggesellschaften mit unzureichenden Sicherheitsstandards, die auf Flughäfen in der EU nicht mehr starten und landen dürfen.

China öffnet sich weiter für Banken

PEKING, 5. Dezember (dpa). China öffnet sich weiter für ausländische Banken. Der Vorsitzende der chinesischen Bankenaufsicht, Liu Mingkang, sagte am Montag in Peking, ausländische Banken dürften künftig in sieben weiteren Städten ihre Dienste auch in der chinesischen Währung Yuan anbieten. Damit steigt die Zahl auf 25 Städte. Die neu zugelassenen Städte sind Shantou, Ningbo, Harbin, Changchun, Lanzhou, Yinchuan und Nanning. Die Bankenaufsicht reduziert außerdem die im Ausland als zu hoch kritisierten Kapital-Mindestanforderungen für eine ausländische Bankfiliale mit Geschäften in Yuan von 500 auf 400 Millionen Yuan (42 Millionen Euro). Für in China registrierte Banken im vollen Besitz eines ausländischen Instituts oder in einem Gemeinschaftsunternehmen sinkt die Anforderung von 300 auf 200 Millionen Yuan.

Euro-Einzelhandel setzt mehr um

pwe. FRANKFURT, 5. Dezember. Die Einzelhändler im Euro-Raum haben ihren Umsatz im Oktober preisbereinigt um 0,5 Prozent gegenüber dem Vormonat gesteigert. Nach dem Minus von 0,9 Prozent im Vormonat dauert damit der moderate Aufwärtstrend im Einzelhandel in der Währungsunion an, wie aus dem am Montag veröffentlichten Daten des Statistikamts der Europäischen Union hervorgeht. Gegenüber dem Vorjahresmonat setzten die Einzelhändler im Oktober 0,4 Prozent mehr um. In Deutschland stieg der Einzelhandelsumsatz real im Oktober um 1,9 Prozent gegenüber September, nach einem Einbruch um 3,0 Prozent im Vormonat.

Dienstleister melden Aufschwung

pwe. FRANKFURT, 5. Dezember. Die gute Dienstleistungskonjunktur im Euro-Raum dauert an. Der um saisonale Effekte bereinigte Einkaufsmanagerindex, den das Forschungsinstitut NTC für die Royal Bank of Scotland erstellt, stieg im November von 54,9 auf 55,2 Punkte und liegt damit so hoch wie zuletzt im Sommer 2004. Werte über 50 Punkte weisen auf einen Aufschwung hin. In Deutschland fiel der Index von 55,2 auf 54,8 Punkte, liegt aber deutlich über der Expansionschwelle. Die Einkaufsmanager im Euro-Raum berichteten in der Umfrage über einen besseren Auftragsgang und über einen Beschäftigungszuwachs. Die Angebotspreise stiegen zum dritten Mal nacheinander und stärker als in den acht Monaten zuvor. Als Folge niedrigerer Öl- und Energiepreise gab der Index der Einkaufspreise nach, er liegt aber weiterhin über seinem langjährigen Durchschnitt.

Tourismuswirtschaft: Weniger Mehrwertsteuer

BERLIN, 5. Dezember (Reuters). Die Tourismuswirtschaft fordert für Hotels und Gaststätten einen reduzierten Mehrwertsteuersatz. In zwölf EU-Mitgliedsländern gelte eine niedrigere Mehrwertsteuer, sagte der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Tourismuswirtschaft Klaus Laepple in Berlin. Gerade in grenznahen Regionen sei die deutsche Hotellerie und Gastronomie deshalb erheblich benachteiligt. Laepple appellierte an die neue Bundesregierung und Finanzminister Peer Steinbrück, ihre Position zu überdenken und beim EU-Finanzministerrat am Dienstag mit der Mehrheit der EU-Länder bei der Beratung der sechsten Mehrwertsteuer-Richtlinie die Ausnahme für die Gastronomie zuzulassen.

Die EU will sich in der Finanzmarktregulierung zurückhalten

Kommissar McCreedy legt Weißbuch vor / Nur wenige neue Initiativen

wmu. BRÜSSEL, 5. Dezember. EU-Binnenmarktkommissar Charlie McCreedy will in den kommenden Jahren nur auf wenigen Feldern der Finanzmarktregulierung weitere Gesetzgebungsinitiativen starten. Das geht aus einem Weißbuch hervor, das am Montag in Brüssel vorgestellt wurde. Darin heißt es, das Leitmotiv für das weitere Vorgehen sei eine „dynamische Konsolidierung“ der bereits vorliegenden Regelungen. Vor allem will der Kommissar verhindern, daß die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung des EU-Rahmenrechts in nationale Gesetzgebung den Finanzdienstleistern zusätzliche Lasten aufbürden. Die Aufsichtsbehörden sollen enger zusammenarbeiten, um eine „Konvergenz“ der Aufsichtspraxis sicherzustellen. Die Schaffung einer EU-Aufsichtsbehörde hält McCreedy für unrealistisch.

Die Kommission hat nur zwei Felder identifiziert, auf denen sie neue Regulie-

rungen für möglich hält. Darüber werde aber erst nach ausführlicher Konsultation der Betroffenen entschieden. Zum einen erwägt die Kommission eine Verbesserung der gültigen Rahmengesetzgebung für Investmentfonds. Das bestehende Rahmenrecht legt fest, unter welchen Voraussetzungen Fonds, die in einem EU-Land domiziliert sind, in allen Mitgliedstaaten vertrieben werden können. Die Brüsseler Behörde prüft derzeit, ob und inwieweit die darüber hinaus bestehenden nationalen Regulierungen den Marktzugang behindern. Sie hatte dazu im Sommer ein Grünbuch zur Verbesserungsmöglichkeiten der bestehenden Richtlinie veröffentlicht. Nach Auswertung der hierzu erfolgten Konsultation will sie im zweiten Halbjahr 2006 entscheiden, ob sie weitere Vorschläge macht. McCreedy hatte mehrfach darauf hingewiesen, daß die Rahmen-gesetzgebung nicht als „Zwangsjacke“ für

die Fonds gedacht sei, sondern ihnen das Geschäft erleichtern solle. Weiteren Handlungsbedarf sieht die Kommission im Bereich der Finanzdienstleistungen für Privatkunden, wo sie den Marktzugang noch in mehreren Feldern behindert sieht. Vor allem will sie prüfen, ob einheitliche Regeln für den Zugang zu einem Bankkonto erforderlich seien. Alles spreche dafür, daß der Wettbewerb auf diesem Feld gesteigert und die Auswahl für die Verbraucher gesteigert werden müsse, heißt es in dem Weißbuch. Mehr Wettbewerb sei auch im grenzüberschreitenden elektronischen Zahlungsverkehr notwendig.

Ansonsten liegt der Schwerpunkt der Kommissionsarbeit in der Finanzdienstleistungsregulierung in der Evaluierung und Überarbeitung bestehender Regeln. Dies betrifft besonders das sogenannte Lamfalussy-Verfahren in der Bankenaufsicht,

das eine abgestufte Rechtsetzung unter starker Beteiligung der Betroffenen vorsieht. Die EU-Organe nehmen hier nur die politische Rahmenrechtsetzung vor und überlassen die Durchführungsbestimmungen verschiedenen Ausschüssen, in denen auch die nationalen Aufsichtsbehörden vertreten sind. Die Kommission will prüfen, inwieweit Details des Verfahrens verbesserungsfähig sind. Ansonsten verweist das Weißbuch auf bereits laufende Gesetzgebungsinitiativen.

Dagegen schließt McCreedy weitere Gesetzgebungsinitiativen für Ratingagenturen, für Finanzmarktanalytiker und für das Eigenkapital von Börsen ausdrücklich aus. Hier reichen die bestehenden Regeln nach Meinung der Kommission in der Regel aus. Soweit nötig, sollten zusätzliche Schritte entweder auf nationaler Ebene oder in Selbstregulierung der Betroffenen erfolgen.

Mit Klimaschutz-Akrobatik gegen den Treibhauseffekt

Das Gastgeberland Kanada ist meilenweit vom Kyoto-Ziel entfernt

nf. MONTREAL, 5. Dezember. Die Klimaschützer halten es nicht mit Schumpeter, der den Prozeß der kreativen Zerstörung als eine Triebfeder der Marktwirtschaft identifiziert hat; sie setzen vielmehr auf das kreative Chaos, das am Anfang jeder Schöpfung steht: „Tohu“ – eine Kurzform von Tobuabohu – haben sie ihr Projekt zur umweltfreundlichen Stadtentwicklung genannt, das in St. Michel, einem Armenviertel am Rande Montréals, auf einer ehemaligen Mülldeponie die Zirkushauptstadt der Welt errichten will.

Die internationale bekannte Artistentruppe des „Cirque du Soleil“, die Nationale Zirkusschule Kanadas und das Zirkusnetzwerk „En Piste“, so die Idee, sollen ihre Ressourcen bündeln und durch eine auf der ganzen Welt einzigartige Zirkusinfrastruktur schaffen. „Kultur und Kreativität sind unsere wichtigsten Ressourcen“, sagt Helen Fotopoulos von der Stadtverwaltung Montréal, die das Projekt von Anfang an mitbetreut hat.

Das Tohu-Projekt verbindet Kultur, Umweltschutz und soziale Entwicklung. Die Sanierung und Renaturierung der zweitgrößten innerstädtischen Deponie Nordamerikas verschafft den in unmittelbarer Nähe des 200 Hektar großen Arealen wohnenden Familien, die im Jahr gerade einmal 16 000 Euro verdienen, neue Jobs und treibt den Wert ihrer Häuser in die Höhe, weil sie künftig nicht mehr an eine Müllhalde, sondern an eine Parklandschaft angrenzen – mit künstlichem See, Sportplätzen und Radwegen.

Die Umwelt profitiert ebenfalls. Das Treibhausgas Methan, das gut zwanzigmal

klimaschädlicher ist als Kohlendioxid, wird aus der bis zu 60 Meter tiefen Müllgrube durch ein weitverzweigtes Röhrensystem in ein 25-Megawatt-Kraftwerk geleitet und dort in Strom umgewandelt, der den Jahresbedarf von rund 10 000 Haushalten deckt – vermutlich noch für drei Jahrzehnte.

Das Kraftwerk ist seit 1996 in Betrieb. Im Jahr 2000 baute der „Cirque du Soleil“ – mit rund 3000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von rund 400 Millionen Euro einer der wichtigsten Arbeitgeber

„Wir sind grün im Geist und in den Fakten. Wir wollten mit unserem Projekt Modell sein.“

Tohu-Chef Charles-Mathieu Brunelle

der Region – hier seine Unternehmenszentrale auf, 2003 kamen Wohnungen für die Artisten hinzu, ein Jahr später wurde die neue Vorführungshalle fertiggestellt – „grün im Geist und in den Fakten“, wie Tohu-Geschäftsführer Charles-Mathieu Brunelle betont: „Wir wollten Modell sein.“ Beim Bau des Gebäudes, das fast keine Treibhausgase emittiert, wurden nur umweltverträgliche oder wiederverwertete Materialien verwendet. Eine Klimaanlage such man in dem 20 Meter hohen zylinderförmigen Rundbau vergebens. Zur Heizung und Kühlung werden regenerative Energiequellen genutzt: der Eisbunker, durch den die Luft zur Abkühlung des Auditoriums geleitet wird, kann man durch eine Glasplatte im Boden be-

sichtigen. Tohu ist nicht das einzige Vorzeigeprojekt der Kanadier. Nur wenige Kilometer entfernt haben Vouli Mamfredis und ihre Architektenkollegen für die 1971 von Studenten gegründete Handelskooperative „Mountain Equipment Co-op“, die sich inzwischen zu einem der größten Outdoor-Ausrüster Kanadas mit mehr als 2 Millionen Mitgliedern in 197 Ländern entwickelt hat, eine „grüne“ Verkaufshalle errichtet, die inzwischen schon mit vielen Preisen ausgezeichnet wurde.

Durch ein ausgeklügeltes Belüftungssystem, eine optimale Isolierung des Gebäudes, die Speicherung und Nutzung des Regenwassers, die Verwendung von Recyclingmaterialien und die Nutzung erneuerbarer Energien haben die Architekten nicht nur den jährlichen Ausstoß an Treibhausgasen um 400 Tonnen gesenkt. Das knapp 2500 Quadratmeter große und knapp 5 Millionen Euro teure Gebäude kommt mit einem Drittel der üblichen Energie aus. Rund 80 000 Euro Stromkosten werden dadurch jedes Jahr gespart – eine Summe, die dem Vernehmen nach auch schon den Handelsriesen Wal-Mart ins Grübeln gebracht haben soll.

Solche Demonstrationsprojekte sind wichtig, aber sie sind für Kanada nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die klimapolitische Bilanz des Landes, derzeit immerhin Gastgeber des Weltklimagipfels, ist miserabel. Nach dem Kyoto-Protokoll muß Kanada seinen Treibhausgas-Ausstoß um 6 Prozent unter den Stand von 1990 senken. Statt dessen sind die Emissionen seither um 20 Prozent gestiegen. Will das Land seine völkerrechtlich verbindli-

chen Zusagen einhalten, muß es bis zum Jahr 2012 rund 270 Millionen Tonnen einsparen – fast ein Drittel seiner gesamten Emissionen.

Um diese gewaltige Aufgabe anzugehen, hat die Regierung ein ganzes Bündel von Maßnahmen angekündigt. Den Löwenanteil seiner Minderungsverpflichtungen (75 bis 115 Millionen Tonnen) will der Staat mit Hilfe des Klimafonds erbringen, an den heimische Landwirte, Betriebe und Bürger nachgewiesene Reduktions-gutschriften verkaufen können; außerdem

„Kanada hat nie gelernt, sparsam mit den natürlichen Ressourcen umzugehen.“

Julia Langer, WWF

soll der Fonds im Ausland Emissionsgutschriften erwerben. Zwischen 55 und 85 Millionen Tonnen sollen durch gemeinsame Technologie- und Infrastrukturprojekte mit den Provinzen und Regionen erzielt werden, bis zu 45 Millionen Tonnen sollen Energiewirtschaft und Industrie einsparen. Die Fortführung land- und forstwirtschaftlicher Projekte zur Kohlendioxid-Speicherung soll bis zu 30 Millionen Tonnen, der Einsatz erneuerbarer Energien 15 Millionen Tonnen, eine Selbstverpflichtung der Autoindustrie 5 Millionen Tonnen bringen. Die restlichen Einsparungen erhofft sich die Regierung durch Energiesparmaßnahmen der Bürger, denen der Staat eine Vielzahl von Anreizen bietet – vom kostenlosen Umwelt-

TÜV für das Auto bis zu Zuschüssen zur Wärmanerung des Eigenheims.

Zwar sei die Nachfrage nach den Gebäude-Audits hoch, sagt Julia Langer vom kanadischen World Wildlife Fund (WWF). Doch seien die privaten Haushalte nur für 11 Prozent der Emissionen verantwortlich. Große Klimasünder blieben Industrie und Stromwirtschaft sowie der Verkehr. Als ressourcenreiches Land habe es Kanada nie gelernt, sparsam mit Energie umzugehen. Die fossilen Energieträger würden nach wie vor von der Regierung subventioniert, und ohne ausgebauten öffentlichen Nahverkehr gebe es zum Auto kaum eine Alternative. „Das Bewußtsein der Menschen beginnt sich zwar langsam zu ändern. Doch die Möglichkeiten des einzelnen, etwas zu tun, sind begrenzt. Das ist schon ziemlich frustrierend.“ Eine höhere Energieeffizienz hat daher für WWF-Expertin Langer oberste Priorität – nicht nur aus umweltpolitischen, sondern auch aus ökonomischen Überlegungen. Entsprechende Investitionen amortisierten sich schon in wenigen Jahren. „Diese Früchte hängen sehr niedrig.“ Bevor man daran denken könne, den Energiebedarf aus erneuerbaren Energien zu decken, müsse dieser erst einmal insgesamt deutlich gesenkt werden. Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt, liege Kanada mit Emissionen von 807 Tonnen Kohlendioxid je Einheit auf einem der hintersten Plätze. Selbst die Vereinigten Staaten benötigten nur 694, Deutschland 464, Japan 386 und Frankreich gar nur 360 Tonnen. „Es gibt keine technologische Barriere“, faßt Langer zusammen, „nur eine politische und eine gesellschaftliche.“